

## Städtische Unterstützung statt Mieterhöhungen

Die Inflation nimmt ungeahnte Dimensionen an. Die Lebenshaltungskosten sind für Menschen mit wenig Geld kaum mehr zu tragen. Die Energiepreise sind geradezu explodiert. Die Streichung des 9-Euro-Tickets reißt Löcher in die Haushaltskassen vieler Familien. Die Kosten für die Miete steigen seit Jahrzehnten. Ausgerechnet jetzt erhöht die GAG die Mieten im frei finanzierten Bereich flächendeckend. Ab Januar müssen 7.000 Kölner Haushalte mehr Miete zahlen. Der Kölner Mieterverein spricht von einem verheerenden Signal.

Tatsächlich ist es nicht hinnehmbar, dass das überwiegend städtische Unternehmen nun die gesetzlichen Vorschriften ausreizt, um mehr Mieteinnahmen zu erzielen. Die GAG war bis dato ein weitgehend fairer Vermieter und hat mit den meist günstigen Mieten und 48.000 Wohnungen in Köln eher preisdämpfend gewirkt. Diese Wende in der Vermietungspolitik ist schlimm für die betroffenen Mieter\*innen und fatal für den Wohnungsmarkt in Köln: Durch flächendeckende Mieterhöhungen erhöht sich der ohnehin viel zu hohe Mietpiegel. Ein klassischer Teufelskreislauf, der zu immer höheren Mieten führt.

Die Bedingungen für die GAG haben sich im letzten Jahr dramatisch verändert:

Gestiegene Baukosten, stark gestiegene Zinsen und der teure Baugrund führen zu deutlich höheren finanziellen Belastungen für das Wohnungsbauunternehmen. Gleichzeitig bestehen hohe Anforderungen an die GAG. Sie muss möglichst viel (geförderte) Wohnungen bauen. Der in die Jahre gekommene Bestand muss dringend auch energetisch saniert werden. Und die Stadt hält auch noch die Hand auf und erwartet jährlich acht Millionen Euro von der GAG für den städtischen Haushalt.

Dabei braucht die GAG wirtschaftliche Unterstützung von der öffentlichen Hand. Die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten und qualitativ guten Wohnungen

→ Seite 2

## Grüne, CDU, Volt bremsen die Gesamtschule Neubrück aus

In Neubrück wollte die Verwaltung die Hauptschule am Helene-Weber-Platz schließen, um dort eine Gesamtschule zu eröffnen. Dem Rat lag am 10.11. eine entsprechende Beschlussvorlage vor. Sie war monatelang vorbereitet worden und gut begründet. Bereits im Sommer 2023 hätte die Schule für 108 Kinder im 5. Schuljahr starten können.

Doch das im Rat regierende Bündnis entschied sich kurz vor dem Schulausschuss am 24.10. gegen die Schließung der Hauptschule. Sachlich ist das unverständlich:

Die Hauptschule in Neubrück hatte 2021 nur 35 Anmeldungen im 5. Schuljahr. Ein paar weitere kamen erst hinzu, nachdem die Gesamtschule Höhenberg 136 Kinder ablehnen musste. 3,7 Prozent

der Eltern wählten zuletzt stadtweit eine Hauptschule.

Viele Eltern und Kinder in Neubrück halten eine Gesamtschule als Stadtteilschule, als Angebot für alle Kinder, für deutlich vorteilhafter, als eine Schule des mehrgliedrigen Systems am Ort. Denn alle Kinder, die letztere nicht besuchen wollen oder können, müssen den Stadtteil verlassen.

Hinzu kommt insgesamt der krasse Mangel an Gesamtschulplätzen auf der Schäl Sick. Der Bürgerverein Neubrück hat wiederholt die Nöte der Eltern und Kinder beschrieben, die in Neubrück und Umgebung einen Gesamtschulplatz wünschen.

Durch eine Gesamtschule Neubrück würden sich 216 Schulplätze mehr in der



Die Mitglieder des Gleichstellungsausschusses wollten ein Zeichen für die Protestierenden im Iran setzen. Vor der Sitzung am 31. Oktober waren die Ausschussmitglieder, aber auch Gruppen und Vereine der iranischen Community in Köln eingeladen, ihre Solidarität auszudrücken. Für DIE LINKE hielt unsere frauenpolitische Sprecherin Sarah Niknamtavin eine Rede, die wir auf Seite 8 dokumentieren.



## → Fortsetzung von S. 1: Gesamtschule ...

Sekundarstufe I ergeben als in der Hauptschule, 234 zusätzlich in der Oberstufe. Und dies, obwohl die Stadt vernünftigerweise nur noch kleinere Gesamtschulen baut, in diesem Fall mit 4 Klassen je Jahrgang. Auch in der Inklusion nähme die Gesamtschule mehr Kinder auf.

Bei dieser Win-Win-Situation ist es unverantwortlich, wenn Grüne, CDU und Volt diesen Ausbau von Schulplätzen einfach ablehnen und die Verwaltung düpieren. Die bisherige gute individuelle Förderung an der Hauptschule würde auch die Gesamtschule leisten können. Aber sie würde Kindern und Jugendlichen mehr Möglichkeiten an Abschlüssen bieten als erstere. In der Ratsitzung ergriff die Kalker Bezirksbürgermeisterin Claudia Greven-Thürmer das Wort und sagte: Die Menschen in Neubrück wollen eine Gesamtschule. Die sich manchmal als Gestaltungsbündnis bezeichnende Ratsmehrheit erweist sich als Verhinderungsbündnis in Hinsicht auf einen Ausbau von Gesamtschulen.

Das hat tiefere Gründe: Grüne, CDU, auch die FDP wiesen im Schulausschuss wiederholt darauf hin, dass im 7. / 8. Schuljahr die Hauptschule in Neubrück doch dann immerhin drei Klassen bilde. Sie sagten nicht: nur rund 65 Schüler\*innen unterrichte. Dass dies immer noch deutlich weniger als die 108 Schüler\*innen an der geplanten Gesamtschule wären, sagten sie auch nicht. Aber sie fragten, wohin denn die vom Gymnasium „abgeschulten“ Kinder gehen sollten, wenn es die Hauptschule nicht mehr gibt.

Nach der Erprobungsstufe im 5./6. Schuljahr zwingen die Kölner Gymnasien jährlich rund 450 Kinder, die Schule zu verlassen - mehr als 10 Prozent der aufgenommenen Schüler\*innen. Im Fachjargon zynisch als „Abschulen“ bezeichnet, ist dies Jahr für Jahr für viele Kinder eine tiefe Demütigung. Das Land NRW fordert offi-



Foto: Fabian Fellmann, Pixello.de

ziell eine „Kultur des Behaltens“, belässt es aber beim Appell. DIE LINKE fordert seit langem, alle Schulen dazu zu verpflichten, die Kinder, die sie aufnehmen, auch zu einem ersten Abschluss zu führen.

Im Übrigen hat die Verwaltung alle Fragen, die der Schulausschuss stellte, ausführlich beantwortet. Bei bisherigen Schließungen von Hauptschulen in Köln kam es nicht zu den vom Ratsbündnis befürchteten Folgen für Gymnasien und Realschulen, die ebenfalls „abschulen“.

Doch seit Jahren verliert das mehrgliedrige System bei Eltern und Kindern in Köln an Boden. Nicht nur Hauptschulen, auch Realschulen werden weniger nachgefragt. Stattdessen boomen seit langem die Gesamtschulen. Seit Jahren wählen 35 - 40 Prozent der Eltern und Kinder diese Schule. Für 27 Prozent gibt es aber nur Platz.

Letztlich geht es Grünen, CDU, Volt und der sie unterstützenden FDP wohl eher um das Prinzip: Das mehrgliedrige System wird nicht weiter angetastet. Eltern und Kinder, die Gesamtschulen wünschen, sollen sich weiter bescheiden. Für Gymnasien werden dagegen Grundstücke bereitgestellt oder sogar teure Bürogebäude angemietet.

Ganz einig war das regierende Ratsbündnis sich aber doch nicht. Sein im Rat beschlossener Antrag enthält die Ankündi-

ten, welche Unterstützung die Stadt leisten kann. Der Ankauf der Hochhäuser in Chorweiler hat gezeigt, wie leistungsstark das Unternehmen ist, wenn auch die Stadt ihren Beitrag leistet.

Bund und Land stehen ebenso in der Verantwortung. Dort muss man sich die Frage gefallen lassen, warum man die Energiekosten mit der Gießkanne dämpfen will und gleichzeitig die eklatante Wohnungsnot nur mit Kreditvergabe glaubt überwinden zu können.

Die Stadt muss in die (finanzielle) Verantwortung genommen werden, damit Köln auch für Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen ein Ort zum Leben bleibt.

Michael Weisenstein

gung, dass 2024 noch einmal überprüft werden soll, ob nicht doch besser eine Gesamtschule in Neubrück gegründet werden soll. Haben die Grünen also bei der CDU, die die Sorge um den Erhalt der traditionellen sozialen Hierarchie im Schulsystem seit Jahren umtreibt, doch ein kleines Zugeständnis herausgehandelt.

Vieles spricht dafür, dass die Gesamtschule Neubrück noch nicht endgültig verhindert ist. Die Bürger\*innen in Neubrück und Umgebung sind aufgrund der Fehlentscheidung von Grünen, CDU, Volt aufgewacht. Der Bürgerverein kündigte eine Unterschriftenaktion an. Nötig sind jetzt breite gesellschaftliche und politische Koalitionen zur Unterstützung. Der gesellschaftliche Trend hin zur sozial inklusiven Schulform Gesamtschule wird die kommenden Aktionen beflügeln.

Heiner Kockerbeck

## Köln klimaneutral 2035?

Am 08.11. stellte die Stadt der Presse das gesamtstädtische Klimaschutzgutachten „Klimaneutrales Köln 2035“ vor. Auf knapp 465 Seiten in drei Bänden werden - neben vielen warmen Worten - unter anderem Handlungsempfehlungen für die Gesamtstadt und die Stadtverwaltung gegeben.

Dass für Frau Oberbürgermeisterin die wichtigste Erkenntnis lautet: Köln kann es schaffen bis 2035 klimaneutral zu werden, ist überraschend. Eigentlich auch wieder nicht, denn bereits im Januar 2019 lag dem Rat und seinen Ausschüssen das Klimaschutzmaßnahmenumsetzungsprogramm „KölnKlimaAktiv 2022“ vor. Seitdem drängt DIE LINKE immer wieder darauf, mit der Umsetzung der dort bereits genannten Maßnahmen zumindest zu beginnen. Wir werden uns das jetzt vorgelegte Klimaschutzgutachten und die empfohlenen Maßnahmen genauestens ansehen, auf ihre Wirksamkeit und ihre soziale Gerechtigkeit abklopfen.

Mehr dazu in der nächsten Platzjabeck-Ausgabe

Uschi Röhrig

## → Von S. 1: Mieterhöhungen ...

ist Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Denn die private Wohnungswirtschaft kümmert sich überhaupt nicht um die Wohnraumversorgung der normal verdienenden Menschen. Rekers Wohnungsbau-bündnis mit der Privatwirtschaft ist ein Totalausfall. Nur die GAG hat in den letzten Jahren preiswerten Wohnraum in nennenswertem Umfang geschaffen.

Auf Initiative der LINKEN und mit Unterstützung der SPD hat sich der Unterausschuss Wohnen mit den Mieterhöhungen bei der GAG und der erforderlichen Unterstützung beschäftigt.

Das Resultat: Die Verwaltung muss umgehend mit der GAG reden und auslo-



# Aus den Bezirken

## INNENSTADT

### Über die Gehwegbreite an der Aachener Straße ...

Nachdem der Radverkehr zwischen Branter und Brüsseler Straße vor wenigen Wochen auf die Straße verlegt wurde, gibt es in der Innenstadt einen handfesten Streit über die Neuaufteilung des öffentlichen Raums an dieser prominenten und hochverdichteten Stelle. Infolge des längst überfälligen Rückbaus des Fahrradweges sollten die neu gewonnenen zwei Meter eigentlich dem Fußverkehr zugeschlagen werden. Mal wieder geht es um grundsätzliche Weichenstellungen den urbanen Raum betreffend - Begehrlichkeiten vs. Begehrlichkeiten.

Nach heftiger Intervention der ansässigen Gastronomen, die ihrerseits jetzt noch mehr Außenfläche beanspruchten, folgten Aktuelle Stunde in der Bezirksvertretung



Foto: Couleur / pixabay.de

Innenstadt, Ortstermin und Sondersitzung. In diese hat DIE LINKE gemeinsam mit dem Vertreter der KLIMA FREUNDE einen Antrag eingebracht, der im wahrsten Sinne des Wortes einen für alle gangbaren Kompromiss darstellt: Den Empfehlungen zu Barrierefreiheit, der Straßenverkehrsordnung und dem Fußverkehrsbeauftragten folgend, solle ein Fassadenseitiger Gehweg von mindestens 3,3 Meter Breite eingerichtet werden. Anschließend ist Außengastronomie in einer Breite von 2,5 Meter zu genehmigen, immerhin ein halber Meter mehr als bislang. Somit verbleibt ein weiterer halber Meter, der zukünftig als Sicherheitsabstand zur Liefer- und Ladezone an der Straße einzurichten - und einzuhalten - ist.

Obwohl demnach alle Beteiligten etwas hinzugewonnen hätten, machten einige Gastronomen keinen Hehl aus ihrer Ablehnung der Neuaufteilung, fühlten sich nachgerade benachteiligt. Sicherlich erhoffte sich der eine oder andere konkrete Umsatzsteigerungen durch die weitere Aufstellung von Tischreihen, aber das kann nicht das primäre Ziel von Politik sein. Vielmehr sind die unterschiedlichen Belange, die den öffentlichen Raum betreffen, abzuwägen und in ein vernünftiges und vertretbares Verhältnis zu setzen. Dies

ist in diesem Falle nur zum Teil gelungen, da die Mehrheit der Bezirksvertretung einem Antrag von Grünen und SPD gefolgt ist, der die Ausweitung der Gastronomiezone auf zukünftig 2,8 Meter vorsieht.

Um für die Zukunft vernünftigeren Beschlüssen im wahrsten Sinne des Wortes den Weg zu bereiten, haben wir einen umfangreichen Fragenkatalog erstellt. Demnach solle die Stadt darlegen, welche grundsätzlichen politischen und planerischen Spielräume die gesetzlichen Auflagen und Regelwerke erlauben und welche Rahmenbedingungen und Abmessungen verbindlich sind. Warum werden die „Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen“ oder die „Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen“ nicht konsequent zur Anwendung gebracht, sondern - siehe oben - bei Bedarf immer noch kommerziellen Interessen geopfert? Eine Beantwortung steht aus, wir werden darüber berichten.

*Michael Scheffer*

## MÜLHEIM

### Flittarder Rheinaue

In der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim wurde am 17.10. eine Bürger\*inneneingabe behandelt, die das Ziel hat, einen Einklang von Umweltschutz und Naherholung zu ermöglichen. Seit jeher war die Flittarder Rheinaue Naherholungsgebiet vor allem für die Flittarder und Stammheimer Einwohner\*innen. Aber auch andere Besucher\*innen suchten auf den Wegen durch die Felder, aber auch gerne mal am Rheinufer, Ruhe und Muße.

Zwar wurde das Areal schon 1991 zu einem Naturschutzgebiet erklärt, doch dies wurde nicht wirklich der Bevölkerung kommuniziert. Ordnungspolitische Maßnahmen wie die Verteilung von Knöllchen gibt es erst seit wenigen Jahren. In den Jahren 2021 und 2022 nahm das Aussprechen von Bußgeldern derartige Formen an, dass sich Anwohner\*innen und Betroffene austauschten und einen Beschwerdebrief mit 160 Unterschriften verfassten. Des Weiteren wurde die oben genannte Bürger\*inneneingabe auf den Weg gebracht.

Die Fraktion DIE LINKE konnte sich mit den meisten Argumenten des Petenten gut identifizieren und sah es als Kompromiss an, die Verwaltung mit einer Prüfung zu beauftragen, inwiefern zusätzliche Wege von der Öffentlichkeit in verträglicher Weise betreten werden dürfen.

Naturschutz ist gut und wichtig, doch sollte keine ordnungspolitische Willkür erfolgen. Es wäre wünschenswert, einen Naturschutz mit Augenmaß durchzuführen. Menschen, die am Rheinufer sitzen, um ei-

nen Augenblick zu verschmaufen und die Umgebung zu betrachten, sollten anders behandelt werden, als diejenigen, die rücksichtslos agieren. Statt nur Ordnungsgelder zu verteilen, sollten Informationen angeboten werden, um für einen vernünftigen Umgang mit der Natur zu sensibilisieren. Die von der StEB im Schloßpark Stammheim geplante „Wasserschule“ sowie die dortige Naturstation wären gute Örtlichkeiten dafür.

*Beate Hane-Knoll, Nijat Bakis*

## MÜLHEIM

### Wie weiter mit den Städtischen Kliniken?

Die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen haben unter anderem dazu beigetragen, dass die finanzielle Situation der kommunalen Kliniken sehr schwierig ist. Am 7.11.2019 hat der Stadtrat der Oberbürgermeisterin den Verhandlungsauftrag erteilt, das von ihr vorgeschlagene „Stiftungsmodell“ mit dem Universitätsklinikum Köln sowie dem Land NRW detaillierter auszuarbeiten.

Die Bezirksvertretung Köln-Mülheim hatte sich nach dem 8.7.2019 das zweite Mal am 14.6.2021 fraktionsübergreifend für den Erhalt des Krankenhauses Holweide als Krankenhaus der Regelversorgung ausgesprochen und den Rat aufgefordert, sich dementsprechend einzusetzen. Darauf gab es bis heute keine Reaktion.

Eine Umsetzung der Idee des Klinikverbundes steht in den Sternen. Eine Alternativlösung wie eine Re-Kommunalisierung wird leider auch nicht angestrebt. Unsere Fraktion hat daher im Oktober eine Anfrage zur Thematik gestellt.

Im Einzugsbereich des Krankenhauses Holweide leben ca. 150.000 Menschen. Die Stadt Köln ist im Rahmen der Daseinsvorsorge verpflichtet, die erforderliche Gesundheitsversorgung für alle Einwohner\*innen zu gewährleisten. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Krankenhäusern ist.

Auch eine 2021 gegründete Bürger\*inneninitiative fordert den Erhalt des Krankenhauses Holweide in seiner bestehenden Form. Durch Teilnahme an den Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen der Initiative unterstützt DIE LINKE diejenigen, die sich zivilgesellschaftlich für eine gute Kölner Gesundheitspolitik einsetzen. Die Initiative hat schon einige tausend Unterschriften für den Erhalt von Holweide gesammelt und diese an den Rat übergeben. Die nächste Demonstration wird am 26.11.2022 in Holweide stattfinden, die nächste Kundgebung am Tag der Ratssitzung 8.12.2022.

*Beate Hane-Knoll, Nijat Bakis*

# Aus den Ausschüssen

## KUNST UND KULTUR

### Kürzungen verhindern!

Im Ausschuss für Kunst und Kultur sollte die Entfristung einer Stelle im Kulturamt beschlossen werden, die u. a. Anträge auf Kulturförderung bewilligt. Doch die Finanzierung hatte es in sich: Die Kulturförderung sollte um die Kosten der Stelle reduziert werden.

Gerade die Kulturschaffenden haben in der Pandemie gelitten und ringen jetzt in Krisenzeiten um ihr Publikum. Hier dürfen wir keine Kürzungen aus den Fördersummen entnehmen, um eine Stelle zu finanzieren, die diese Fördersummen ausgeben soll. Das wäre Kannibalismus!

Doch DIE LINKE ließ sich nicht mit der Behauptung abspeisen, diese Umwidmung sei alternativlos. Auch gegen diese Kürzung leisteten wir Widerstand und zeigten machbare Alternativen auf. Denn DIE LINKE hatte dazu die Initiative ergriffen und zusammen mit SPD und FDP einen Änderungsantrag mit Finanzierungsvorschlag gestellt, der die Entfristung der Stelle vorsah, aber gleichzeitig Kürzungen verhindert hätte. Denn es gab einen eindeutigen Weg, diese Stelle zu finanzieren.

Für gerade diese Stellenbedarfe, die zwischen den Haushaltsabschlüssen entstehen, hat die Verwaltung das Instrument des Mehrstellenbudgets geschaffen. Erst im September wurden dafür 327 nicht besetzte und zugeordnete Stellen im zentralen Personalreserveplan beschlossen.

Das Regierungsbündnis aus Grünen, CDU und volt hatte nach unserem Antrag einen eigenen Antrag eingestellt, der mit unserem inhaltlich identisch war. Lediglich die Finanzierung über das Mehrstellenbudget fehlte. Stattdessen sollte die Verwaltung einen Vorschlag machen woher das Geld für diese Stelle kommen sollte.

Wir wunderten uns sehr, dass das Regierungsbündnis dem Instrument „Mehrstellenbudget“ nicht so recht traute. Schließlich hatte es aus exakt so einem Topf 2022 die Stellen finanziert, die sie in ihrem Haushaltsentwurf zugesetzt hat. Letztlich einigten wir uns in der Sitzung auf einen gemeinsamen Antrag, der die Finanzierung aus dem Mehrstellenbudget vorsah, und dass die Verwaltung einen Finanzierungsvorschlag macht, wenn die erste Finanzierung nicht möglich sei.

Nun ist es eben kein Beschluss mehr, der auf einem Antrag der Opposition beruht. (Im Vorfeld hatten wir das Regierungsbündnis gefragt, ob es mitmachen will.) Damit können wir aber gut leben, wenn damit die Kürzung der Kulturförderung vom Tisch ist. Denn Kultur ist kein

überflüssiges Beiwerk, auf das wir verzichten können, wenn der Haushalt eng wird. Wir müssen erst alle vorhandenen Potentiale ausschöpfen. Und das war hier noch lange nicht der Fall!

*Jörg Kobel*

## SOZIALES

### Unsägliche Aussage von Oberbürgermeisterin

Auf die Frage von einem Journalisten im Kölner Stadt-Anzeiger vom 28. September, ob die RheinEnergie auf Stromsperrn verzichten solle, antwortete Oberbürgermeisterin Reker:

... „manche Leute brauchen dieses Damoklesschwert der Sperre, damit sie vernünftig mit ihrem Energieverbrauch umgehen.“

Dieses Zitat ist unsäglich! Es ist blanke Zynismus gegenüber Rentnerinnen und Rentnern, Familien und Alleinerziehenden, Geringverdienern und Aufstockern, die die Explosion der Strompreise vor existenzielle Fragen stellt. Auch aufgrund von steigenden Lebensmittelpreisen haben viele Angst, vor der Wahl zwischen Wärme, Licht und ausreichendem Essen zu stehen. Die meisten drosseln ihren Energieverbrauch, wo sie nur können. In so einer Situation von einem notwendigen Sparanreiz durch eine drohende Sperre zu sprechen zeugt von unglaublicher Abgehobenheit.

Die Rhein-Energie spricht in der interner Kommunikation vom Grundsatz „Jede Stromsperre ist eine zu viel“ und hat auf Drängen des Sozialausschusses in der Corona-Pandemie bis April dieses Jahres auf Stromsperrn verzichtet.

Selbst im Energiepaket III der Bundesregierung steht: „sollen Sperrungen von Strom und Gas durch Abwendungsvereinbarungen verhindert werden. Das Energierecht wird entsprechend angepasst.“

Das Zitat von Frau Reker wirft ein Schlaglicht auf ihr Desinteresse an einem Angebot der RheinEnergie, einen Härtefallfonds aufzulegen. Die Verwaltung wollte nicht an einem Konzept mitarbeiten, nach welchen Kriterien der Härtefallfond am wirksamsten eingesetzt werden kann und damit so viele Stromsperrn wie möglich verhindert werden. Jetzt wird auf einmal klar, warum dieses Angebot nicht in die Stadtpolitik integriert und aufgestockt wird: Weil sie Stromsperrn für sinnvoll hält!

In dieser Situation können wir froh über die sozialen Akteure in Köln sein. Zum Glück gibt es in der Stadtgesellschaft eine sehr große Sensibilität beim Thema Energiearmut und zahlreiche Hilfsangebo-

te. Sie stehen jetzt vor sehr großen Herausforderungen. DIE LINKE wird alles dafür tun, sie zu unterstützen.

*Jörg Detjen*

## JUGENDHILFE

### Kitaplätze in Köln

Im Jugendhilfeausschuss am 25.10. wurde der 20. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln vorgestellt. Auf der Habenseite stehen 19 neue Kindertagesstätten mit insgesamt 950 neuen Plätzen. Dies wird auch gerne ins Schaufenster gestellt. Es mussten in diesem Kindergartenjahr aber auch sechs Einrichtungen aufgrund baulicher Mängel schließen. So etwas steht dann aber nicht in der offiziellen Pressemeldung der Stadt zum Statusbericht.

Neue Plätze werden auch im Bereich Tagespflege, insbesondere der Großtagespflege geschaffen, obwohl dies nicht dem Elternwillen entspricht. Der überragend große Teil der Eltern in Köln wünscht sich einen Kitaplatz. Der Bedarf an Tagespflegeplätzen dagegen ist schon lange gedeckt und wird so meist nur als Notnagel angesehen, da Kitaplätze in Köln immer noch Mangelware sind.

Auch gibt der Statusbericht Auskunft über die großen Unterschiede in der Kita-Versorgung in den einzelnen Bezirken. Die meisten linksrheinischen Bezirke sind im städtischen Vergleich überdurchschnittlich gut aufgestellt.

Die unrühmliche Ausnahme ist der Bezirk Chorweiler. Lediglich 30 % der U3-Kinder und 80 % der Ü3-Kinder haben dort einen Betreuungsplatz. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang auch, dass in Chorweiler im letzten und in diesem Kindergartenjahr kein einziger weiterer Platz geschaffen wurde.

Dies habe ich als Vertreter der LINKEN deutlich im Ausschuss kritisiert. Aus Sicht der LINKEN ist hier auch die Stadt als Träger gefragt.

Das Sorgenkind im Rechtsrheinischen ist der Bezirk Mülheim. Obwohl er der kinderreichste Stadtteil Kölns ist, kommt der Ausbau nur schleppend voran. Einer der Gründe dürfte die brachliegende Fläche in Mülheim-Süd sein. Dort spekuliert das Kapital mit dem Boden anstatt die dringend benötigten Kitas und Schulen zu bauen. Wenn irgendwann mal dort gebaut wird, ist leider zu befürchten, dass der Wohnraum hochpreisig wird und die Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Veedeln, z.B. der benachbarten Stegerwaldsiedlung zur Folge hat.

DIE LINKE kämpft weiter gegen diese Missstände an.

*Attila Gümüs*

## VERKEHR

### Drehbrücke autofrei!

Im September haben wohl viele Radfahrer\*innen, Jogger\*innen und Spaziergänger\*innen aufgeatmet: Endlich waren nach langer Wartezeit die Sanierungsarbeiten an der Deutzer Drehbrücke abgeschlossen. Allerdings wird nun auch wieder über ein leidiges Thema gestritten – die Öffnung für den motorisierten Individualverkehr, das heißt für Autos und Lkw.

Nicht wenige Menschen in Köln scheinen ihre höchstpersönlichen Freiheitsrechte durch die Schließung der Drehbrücke für Pkw bedroht zu sehen. Ähnliches ist auf der – aktuell autofreien – Deutzer Freiheit zu beobachten: Auch hier sind viele Gemüter erregt. Die CDU ließ sich zu der Aussage verleiten, dass Kölner Bürgerinnen und Bürger dem Umweltgedanken „geopfert“ würden.

Das regierende Bündnis im Rat lässt Uneinigkeiten durchblicken – in Sachen Drehbrücke führte dies bereits zu Abstimmungsverzögerungen. Unklar ist, was CDU und Grüne verkehrspolitisch noch zusammenhält. Die Schließung – oder Öffnung – der Drehbrücke steht nun auf der Tagesordnung des Verkehrsausschusses im November. Besonders von den Grünen darf erwartet werden, sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen und sich endlich realpolitisch und glaubhaft für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen einzusetzen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE wird sich im Ausschuss für die dauerhafte Sperrung für Lkw und Pkw einsetzen. Forderung der Linksfraktion ist es, an allen Wochentagen den motorisierten Individualverkehr (MIV) auf der Drehbrücke und der Alfred-Schütte-Allee zu unterbinden. Anders sieht es die SPD, die die Brücke nur an Wochenend- und Feiertagen für den MIV sperren möchte. Wünschenswert wäre dies nicht, da auch hierdurch die ansonsten hohe Qualität des Naherholungsgebietes Poller Wiesen vermindert würde. DIE LINKE spricht sich für eine reine Fahrradstraße aus.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass die Deutzer Drehbrücke ein historisches Bauwerk ist und unter Denkmalschutz steht. Nachdem sie gerade erst liebevoll wieder hergerichtet wurde, sollte sie vor Beschädigungen durch Pkw und Lkw geschützt werden. Bei der Öffnung für den MIV wären solche Beschädigungen unausweichlich, sei es aufgrund der in Poll ansässigen Raserszene oder aber der vielen Menschen, die die Alfred-Schütte-Allee als Abkürzung zur Autobahn nutzen.

DIE LINKE empfiehlt, dem Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu folgen, welcher die dauerhafte Schließung

vorsieht. Abgestimmt wird im Verkehrsausschuss am 22. November. Bei Redaktionsschluss lag das Abstimmungsergebnis noch nicht vor.

*Güldane Tokyürek, Gunda Wienke*

## UMWELT

### Führung durch die Biogasanlage

Im Oktober nahm der AK Umwelt der Fraktion an einer Führung durch die Biogasanlage der RheinEnergie am Randkanal Nord in Köln teil.

Es handelt sich hier um Biomethan-Blockheizkraftwerke mit einer kombinierten thermischen und elektrischen Leistung von 15 MW Leistung (Strom & Wärme).

Die Führung durch die Biogasanlage dauerte rund zwei Stunden und war sehr interessant. Die Anlage und ihre Funktion wurden uns sehr anschaulich dargestellt. Die Anlage hat eine Leistung von 550 Kubikmeter pro Stunde und läuft fast selbstständig und weitgehend wartungsfrei. Lediglich einmal am Tag bestückt einer der umliegenden Bauern einen vorgelagerten Container mit auf dem Platz gelagertem, unter Luftabschluss vorgegorenem Biomaterial. Die Anlage läuft rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr und liefert somit in diesem Zeitraum ca. 4,8 Millionen Kubikmeter Biogas. Mit diesen ca. 10.500 MWh können 3.000 Haushalte mit Wärme und 1.000 Haushalte mit Strom versorgt werden. Damit werden rechnerisch ca. 7.000 t CO2 pro Jahr eingespart.

Die Biomasse wird von 16 umliegenden Bauern zu über 90 % aus Futtermais erzeugt, wobei die gesamte Pflanze verwendet wird. Dafür werden ca. 400 ha Boden benötigt. Im geringen Maße werden Durchwachsene Silphie (*Silphium perfoliatum* L.) und Hühnerkot beigegeben. Die Bakterien, die den Vergärungsprozess betreiben, seien höchst spezialisiert und vertragen keinerlei „Ernährungsänderung“, wurde uns erklärt.

Die Biomasse bleibt ca. 80 Tage in der Vergärungsanlage, wo ihr rund 30 % der Energie als Gas entzogen werden können. Danach wird der Rest als Dünger für 500 bis 600 ha Böden verwendet.

Das gereinigte Biogas wird über zwei Verbrennungsmotoren (kleine Schiffsmotoren), die abwechselnd arbeiten, in Strom und Wärme umgewandelt.

Der Strom und die Wärme werden direkt in die nahe gelegenen Versorgungsleitungen von Dormagen eingespeist. Einen Speicher für das Biogas gibt es nicht, eine Leitung, um das Biogas weiter zu leiten, auch nicht. Wenn das Gas mal nicht verwendet werden kann, was sehr selten geschieht, wird es abgefackelt.

*Elisabeth Lange, Uwe Haß*

## Liebe Leser\*innen,

aufgrund von Fluktuation sind aktuell mehrere Positionen in Gremien der Stadt Köln durch DIE LINKE zu besetzen.

DIE LINKE kann hierzu Vorschläge machen, die anschließend durch den Kölner Stadtrat, voraussichtlich im Februar 2023, bestätigt werden.

❖ Neu zu besetzen sind folgende Positionen für Sachkundige Einwohner\*innen: Sachkundige\*r Einwohner\*in im

### Unterausschuss Wohnen

Der Ausschuss beschäftigt sich mit dem Wohnungsbau in Köln.

❖ Sachkundige\*r Einwohner\*in für den **Bauausschuss**

Infos zum Ausschuss findest Du hier:

<https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-gremien/bauausschuss>

Die Ausschüsse tagen jeweils ca. sechs bis acht Mal im Jahr. Eine Sitzung dauert zwischen einer und drei Stunden. Die gewissenhafte Vorbereitung einer Sitzung nimmt außerdem mehrere Stunden in Anspruch.

Sitzungen werden mit ca. 40 Euro vergütet. Sachkundige Einwohner\*innen erhalten für die Teilnahme am Mittwochskreis und den Arbeitskreisen ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von ca. 40 Euro. Dies gilt allerdings nur, wenn bei der Sitzung auch ein Ratsmitglied anwesend ist. Mindestens die Hälfte des jeweiligen Sitzungsgeldes ist an die Kreispartei abzuführen.

Grundsätzlich wird von den Mandatsträger\*innen eine Beteiligung an der Fraktionsarbeit erwartet. Das umfasst die Teilnahme am Mittwochskreis und am jeweils zuständigen Facharbeitskreis. Der Mittwochskreis tagt in der Regel außerhalb der Schulferien wöchentlich. Die Arbeitskreise tagen ca. acht bis zehn Mal im Jahr.

Wir erwarten demnach von den Bewerber\*innen:

❖ Interesse an dem jeweiligen Fachgebiet;

❖ Intensive und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Fraktion, dem Mittwochskreis und dem jeweils zugeordneten, gemeinsamen Arbeitskreis von Partei und Fraktion.

### Bitte richtet Eure Bewerbung bis

**31.12.22 um 23.55 Uhr an**

**michael.weisenstein@stadt-koeln.de**

Bezüglich der sachkundigen Einwohner\*innen erteilt der jeweils zuständige Arbeitskreis ein Votum, welches dann im Mittwochskreis (MWK) bestätigt werden kann. Grundsätzlich ist der MWK in seinem Abstimmungsverhalten frei, so dass auch Menschen in Ausschüsse gewählt werden können, die kein Votum der Arbeitskreise haben.



# Umnutzen statt Abreißen!

Innerhalb der Baubranche wird mittlerweile intensiv darüber beraten, wie alte Gebäude erhalten bleiben und über lange Zeiträume sinnvoll genutzt werden können. Damit die 1,5 Grad-Marke in der Klimaerwärmung nicht gerissen wird, muss es im emissionsintensiven Bausektor tiefgreifende Veränderungen geben.

In Köln sind in den letzten Jahrzehnten mehrere brach liegende Industrieflächen in moderne Wohnquartiere umgewandelt worden. Bedauerlich ist, dass nur wenig Bausubstanz aus der vorherigen industriellen Nutzung erhalten werden konnte.

So beispielsweise auf dem ehemaligen Gelände des Ausbesserungswerkes der Bahn in Nippes: Nur ein winziger Bruchteil wurde erhalten. Trotz Protest und gegenteiliger politischer Beschlusslage wurde die historische Schienenschichthalle abgerissen. Auch hinsichtlich des Justizgebäudes an der Luxemburger Straße wurde ein Erhalt des alten Gebäudes nicht in Betracht gezogen.

Eine positive Entwicklung war dagegen hinsichtlich einer Halle auf dem Clouth-Gelände zu beobachten. Hierin finden sich mittlerweile Wohnungen, Kulturräume und Freiflächen. Anhand dieses Beispiels lässt sich gut nachvollziehen, wie Erhalt, Erweiterung und Umnutzung bestehender Gebäudestruktur dazu beiträgt, einem neuen Quartier einen eigenen Charakter zu verleihen.

Was klimaschädliche Emissionen angeht, ist der Bausektor einer der emissionsreichsten. Zwar gibt es Minderungsziele. Diese wurden allerdings bis dato jedes

Jahr verfehlt. Wenn die Stadt Köln ihr selbstgestecktes Ziel ernst nimmt, bis zum Jahre 2035 klimaneutral zu werden, dann darf hier kein Auge zugeedrückt werden.

Die Ratsfraktion von DIE LINKE in Köln setzt sich dafür ein, dass Köln möglichst schnell Klimaneutralität erreicht. Denn Klimaschutz ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Daher hat unsere Fraktion im Rat ein Abrissmoratorium gefordert – diese Idee war nach einer Initiative entstanden, welche unter anderem von den Architects for Future und dem Bund Deutscher Architekten auf den Weg gebracht wurde. Abriss soll zukünftig genehmigungspflichtig werden, unter der Maßgabe der ökologischen und sozialen Verträglichkeit. Bund und Land müssen hierfür die gesetzlichen Rahmen und Anreize schaffen, die beispielsweise den Erhalt von Siedlungen der GAG oder auch von Gewerbeimmobilien rentierlich machen. Dies wäre auch für die Entwicklung des Mülheimer Südens relevant. Bevor hier Tabula Rasa gemacht wird, sollte die Devise „Umnutzung vor Abriss“

lauten.

Grundsätzlich soll bei jedem geplanten Neubau geprüft werden, ob die Nutzung nicht auch in den bereits bestehenden Gebäuden realisiert werden kann. Im Rat hat die FDP-Fraktion lapidar vom „Sanieren bis der Arzt kommt“ gesprochen: Hier zeigt sich ein weiteres Mal die Ignoranz einiger gegenüber dem Fakt, dass der Klimawandel bereits in vollem Gange ist.

Vom Rat ist der Antrag zum Abrissmoratorium in den Bauausschuss verwiesen worden, wo noch darüber abgestimmt wird. Auch darüber hinaus, wird sich die Fraktion dem Thema weiterhin widmen: Gespräche mit den Architects for Future und dem BDA sind bereits geplant.

*Michael Weisenstein*



*Auf den 4. Europäischen Arbeiter\*innentagen in Bussang/Frankreich, einem Vernetzungstreffen europäischer Gewerkschaften, traf unser Ratsmitglied Uschi Röhrig mit unserem ehemaligen Ratsmitglied Özlem Demirel zusammen. Özlem Demirel ist jetzt Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der LINKEN im Europaparlament. Sie hielt einen kritischen Vortrag zur Europäischen Sozialcharta, der bei den Anwesenden auf große Zustimmung stieß.*

## Solidarisch in der Energiekrise

Am 10. November hat der Rat in einer Aktuellen Stunde über die Belastungen durch die hohen Energiepreise gesprochen. Für die Fraktion DIE LINKE hat Jörg Detjen gesprochen. Jörg ist der sozialpolitische Sprecher der Fraktion.

Das hat Jörg gesagt:

Viele Menschen machen sich Sorgen, wie es mit den hohen Energiepreisen weitergehen soll.

Sie bleiben trotz der Sorgen nicht still. Sie melden sich zu Wort. Zum Beispiel haben Tageseltern vor der Ratssitzung protestiert. Sie fordern von der Stadt eine Soforthilfe, um die hohen Energiepreise bezahlen zu können.

Und ein sehr breites Bündnis führt eine Kundgebung durch. Das Motto der Kundgebung lautet: „Solidarisch in der Energiekrise.“ Heute Abend wird in der LanxessArena 30 Jahre „Arsch Huh“ gefeiert. Auch hier wird über die hohen Energiepreise und über Solidarität gesprochen werden.

Die Proteste haben etwas erreicht: Das Gas wird wieder billiger und wer besonders hohe Gewinne macht, muss etwas abgeben. DIE LINKE hat auf der letzten Ratssitzung einen Antrag zu den

hohen Energiepreisen gestellt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Jetzt sieht es so aus, als würden viele unserer Forderungen doch aufgegriffen. Das freut uns.

Ab März sollen die Menschen jeden Monat Geld bekommen, um die hohen Energiepreise bezahlen zu können. Eine erste Zahlung hat es bereits im Dezember gegeben. Dann sollen die Menschen zwei Monate lang auf das nächste Geld warten. Das finden wir falsch. Die Menschen sollen auch im Januar und im Februar Geld bekommen.

Für in Not geratene Familien stellt die Stadt Köln 5 Millionen Euro bereit. Das ist gut. Das freut uns. Aber das reicht noch nicht.

Busse und Bahnen müssen billiger werden. Das kann durch das „49 Euro Ticket“ gelingen. Aber die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Verkehrsunternehmen sind sich noch nicht einig.

Wir befürchten, dass den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB) am Ende das Geld fehlt. Dann klappt das aber nicht mit der Verkehrswende.

Frau Oberbürgermeisterin Reker soll sich bei der Landesregierung für die KVB einsetzen. Aber das allein wird nicht reichen. Die Bundesregierung muss mehr Geld für Busse und Bahnen geben.

**Einfache Sprache**

## Richtlinie zur Kosten der Erstausrüstung: Muss dringend überarbeitet werden!

Menschen, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Asylbewerberleistungen bekommen, können es sich schlicht nicht leisten, eine Wohnung einzurichten. Deswegen bekommen sie, wenn sie beispielsweise von zu Hause oder aus dem Geflüchtetenheim in eine eigene Wohnung ziehen, die Kosten für die Erstausrüstung vom Sozialamt oder Jobcenter bezahlt. Nicht bezahlt wird dagegen die Anschaffung von neuen Möbeln, wenn man schon in einer eigenen Wohnung wohnt.

Beim Kauf von Möbeln oder auch der Ausstattung, die man braucht, wenn das erste Kind kommt, gibt es aber Obergrenzen. Sind die gekauften Sachen teurer, bleiben die Leistungsempfänger auf den Mehrkosten sitzen.

In meiner ehrenamtlichen Arbeit in der Sozialberatung bin ich immer wieder damit konfrontiert worden, dass diese Obergrenzen viel zu niedrig angesetzt sind, und auch schon länger nicht mehr erhöht wurden.

So stehen einer Alleinerziehenden mit zwei Kindern für einen Esstisch 40 Euro zur Verfügung sowie für die dazugehörigen Stühle 45 Euro. Beim absolut niedrigpreisigen Möbelhaus Roller kostet der billigste Esstisch 69,90 Euro. Der misst aber nur 80 x 80 cm, was für drei Personen zu klein ist. Für 110 x 60 cm muss man schon 99,99 Euro ausgeben, für 120 x 80 cm 119,99 Euro. Selbst ein Stapelhocker kostet dort 15,99 Euro. Für einen Stuhl müssen schon 49,99 Euro ausgegeben werden, damit sind wir bei 3 Stühlen bei 149,97 Euro.

Wir haben die Verwaltung darauf hingewiesen und betont, dass es so auf keinen Fall bleiben kann. Sie hat uns eine rasche Bearbeitung und Anpassung der Obergrenzen zugesagt. Wir werden über die Ergebnisse im Platzjabbeck berichten.

*Klaus Roth*

## Energiekrise: Die Kommune muss etwas tun!

Menschen machen sich Sorgen, wie es weitergeht in der Energiekrise. Trotzdem sind sie aufmerksam! Vor der Ratssitzung im November gab es auf dem Alter Markt eine Protestaktion von Tageseltern. Sie forderten von der Stadt eine Soforthilfe durch eine Steigerung der Geldleistungen von 10 %. Und ein sehr breites Bündnis „Solidarisch in der Energiekrise“ mit Köln stellt sich quer, den Gewerkschaften, Sozial-, Sport- und Kulturverbänden und zahlreichen anderen Organisationen der Stadtgesellschaft, hat am 10. November ebenfalls eine Kundgebung abgehalten. Abends hat das nun 30 Jahre alte Bündnis Arsch Huh das Thema „Solidarisch in der Energiekrise“ ebenfalls aufgegriffen.

Die Menschen haben mit ihren Protesten etwas erreicht: Die Gasumlage ist gestoppt und die Übergewinnsteuer kommt. Jetzt kommt es darauf an, dass das Bundeskabinett auch die richtigen Einzelentscheidungen trifft!

Wir von den LINKEN wollen, dass die Einmalzahlungen für den Dezember im Januar und Februar fortgesetzt werden und dass dann ab März die Stufe 2 der Expertenkommission umgesetzt wird. Wir brauchen eine dauerhafte Unterstützung der Menschen. Eine Unterbrechung am Anfang des nächsten Jahres ist nicht vermittelbar.

Wir haben uns im letzten Viertel Jahr im Rat heftig über Härtefallfonds gestrit-

ten. Schließlich hat das Bündnis eingelenkt und einen Fonds von fünf Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Allerdings wissen alle, dass diese fünf Millionen plus der einen Million, die die RheinEnergie beisteuert, nicht reichen werden. Die Expertenkommission hat dies in ihrem

Abschlussbericht deutlich gemacht. Bei einer so schnellen Gesetzes-einführung gibt es systemische Fehler, die man mit Härtefallfonds auffangen muss.

Und die sozialen Strukturen? DIE LINKE hatte in der letzten Ratssitzung die weitere Finanzierung des StromsparChecks eingefor-

dert. Das ist ein Projekt, um ärmere Menschen zu Energiesparmaßnahmen zu beraten. Aber gerade dieses Projekt war trotz der Beteiligung der Grünen an der Kölner Stadtregierung nicht im Haushalt vorgesehen. Gerade jetzt in der Energiekrise können wir uns nicht leisten, dieses Projekt zu canceln.

Auf der Ratssitzung fragten wir den Umweltdezernenten Herrn Wolfgramm, ob eine weitere Finanzierung noch möglich ist. Die Oberbürgermeisterin verbot ihm daraufhin, auf diese Frage zu antworten. Inzwischen gibt es eine Beschlussvorlage der Verwaltung für den Umweltausschuss, die gerade das sicherstellt und den - aus

unserer Sicht schlimmen - Fehler korrigiert. LINKS wirkt!

Strukturen erhalten heißt auch, die realen Personalkosten bei der Stadt, aber auch bei den vielen Trägern zu berücksichtigen. Die nächsten Personalkostensteigerungen werden deutlich höher als 1,5 % sein. D.h. die Stadt muss zügig auf die Träger zugehen und Gespräche führen. Wir erwarten vom gesamten Stadtvorstand einen konstruktiven Dialog mit den Akteuren. Wegducken geht gar nicht!

Wir brauchen jetzt in der Energiekrise ein kommunales Zusammenwirken. Das sehen wir sehr deutlich an der Vereinbarung von Bund und Land beim 49-Euro-Ticket. Die Kommunen und die Öffentlichen Nahverkehrsunternehmen werden im Regen stehengelassen. Sie sollen die Hauptlast tragen. Zu Recht sagt der Städtetag NRW: „Mobilität für alle, Klimaschutz im Verkehr und ein attraktiver ÖPNV gelingen nur, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen.“

Oberbürgermeisterin Reker ist im Präsidium des NRW-Städtetags. In der jüngsten Erklärung steht auch der Satz: „Wenn der Bund keine weiteren Zusagen macht, müssen die Städte auch hier mit dem Land sprechen, wie die Verkehrswende gelingen kann.“

Das ist sehr blauäugig. Die NRW-Landesregierung kann da noch draufsatteln, aber alleine mit den Kommunen und den Öffentlichen Unternehmen in NRW ist das nicht zu schaffen. Mobilität ist eine Bundesaufgabe.

Die LINKE ist bereit konstruktiv mit der Verwaltung zusammen zu arbeiten. Man muss aber unsere Hinweise auch ernst nehmen.

*Jörg Detjen*

# Rede von Sarah Niknamtavin bei der Mahnwache für die Protestierenden im Iran auf dem Theo-Burauen-Platz am 13.10.2022

Hallo,  
ich heiße Sarah, bin 23, für die LINKEN im Rat der Stadt Köln und stellvertretende Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses. Ich bin in Deutschland geboren und aufgewachsen, hab iranische Wurzeln und bin außerdem wütend.

Wütend, weil meine Mitmenschen im Iran, die für grundlegende Menschenrechte kämpfen, in ihren Bemühungen durch Hass und Gewalt behindert werden. In mir existiert so eine unglaubliche Wut und das ist auch gut so. Die Frauen im Iran haben mir gezeigt, wie wichtig und mächtig ihre Wut ist. Sie haben mir in einer Welt, in der Frauen diese Emotion als unattraktiv ausgelegt wird, verdeutlicht, wie weibliche Wut ein ganzes Land, sogar die Welt verändern kann.

Auch wenn die Geschichtsbücher es gern verschweigen, waren wütende Frauen oft die treibende Kraft hinter Revolutionen. Es waren hauptsächlich Frauen, die nach Versailles marschierten und mit ihrem Ruf nach Brot die Französische Revolution initiierten. Es waren die Suffragetten, die das amerikanische Wahlrecht revolutionierten. Und auch Rosa Parks, die durch ihre Weigerung, einem weißen Mann ihren Sitzplatz zu überlassen, die amerikanische Bürgerrechtsbewegung in Gang brachte, war keine stille demütige Frau, sondern eine laute, wütende Aktivistin. Als bald werden auch die Frauen im Iran neben dieser Aufzählung in die Geschichte eingehen; als Frauen, die eine feministische Revolution im Iran herbeiführt haben.

Mit der Wut, vor allem der iranischen Frauen, hat die iranische Regierung nicht gerechnet und daher Angst gezielt verbreitet und eingesetzt, um die Frauen - und ihre mittlerweile so zahlreichen Verbündeten - klein zu halten. Um revolutionäre Stimmen schon im Keim zu ersticken. Mit Angst und Gewalt wurde Politik gemacht. Mit einer Kultur der Angst wurde Stärke suggeriert.

Was die iranische Regierung allerdings nicht verstanden hat ist, wie viel stärker Wut und Solidarität sein können, wenn die Menschen zusammenstehen, nichts mehr zu verlieren haben und geeint sind in den Bemühungen, eine andere Welt zu schaffen. Mit jedem Schlag ins Gesicht, mit weiteren restriktiven Eingriffen, Eingriffen in die Privatsphäre der Menschen, mit jeder Repression stieg die Wut der jungen Frauen, jungen Menschen im Iran und hat uns zu dem Punkt geführt, wo wir jetzt sind.

Dass die Menschen im Iran nicht mehr diejenigen sind die Angst haben, sondern die Regierung sich jetzt fürchtet.

Und weil die Regierung sich so sehr fürchtet, trennt sie Eltern von ihren Kindern, entzweit sie Geschwister und Freund\*innen müssen sich gegenseitig begraben. Weil die iranische Regierung sich fürchtet, führt sie Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Doch wovor fürchtet sie sich eigentlich? Es ist banal und absurd zugleich. Sie fürchtet sich davor, dass Menschen über ihren Körper, ihre Kleidung, über die Ausübung ihrer Sexualität, über ihre Religion und über ihr Leben frei entscheiden können. Welche unschuldigeren Forderungen kann man denn als Gesellschaft haben als solche?

So, wie wir in Köln und Deutschland für die Selbstbestimmung der Frau, die Rechte von LGBTQI und die Religionsfreiheit kämpfen, so kämpfen auch die Iraner\*innen für ebendiese Rechte. Sie riskieren im Unterschied zu uns allerdings ihre Sicherheit, ihr Leben. Die Wirtschaftskrise, die Sanktionen, all das erschwert das Leben im Iran immens. Die Menschen haben keine Hoffnung mehr. Sie haben nichts zu verlieren. Und was macht der Staat? Er verhaftet junge Frauen, weil deren Kopftuch nicht richtig sitzt oder die Kleidung nicht islamkonform ist.

Und auch jene, die damit argumentieren, dass es doch eine islamische Republik ist und die Leute das damals mit einer deutlichen Mehrheit bei einer Volksabstimmung so entschieden haben: Na und? Seitdem sind 43 Jahre vergangen. 43 Jahre, in denen Menschen, ihre Meinung geändert haben können oder gerade erst herangewachsen sind, sich dem unfreiwillig beugen mussten. Über 40 Jahre sind vergangen, in dem ein Staat Glaube mit Zwang anwendet.

- Für alle Menschen, die denken, sie können sich der Unterdrückung ihrer eigenen Regierung nicht entziehen.
- Für alle Menschen, die gerade im Iran ihr Leben riskieren, um die Möglichkeit von freien Entscheidungen zu besitzen.
- Für alle Menschen, die zu müde oder kaputt sind und die Hoffnung verloren haben.
- Für Zhina Amini.
- Für die Frauen, für das Leben.

Keine Person ist umsonst gestorben. Keine weitere Person von uns darf mehr sterben. Lasst uns für all diese Menschen, für all das unermüdlich kämpfen und Konzepte entwickeln bis sie in einem Land leben, und viele von uns in ein Land zurückkehren können, für das Demokratie kein Fremdwort ist.

Es ist wichtig, dass wir die Menschen im Iran und Exiliraner\*innen in Deutschland unterstützen, indem wir uns auf Demos und Mahnwachen solidarisch zeigen. Es ist wichtig, dass darüber hinaus auch konkrete politische Maßnahmen ergriffen werden, wie beispielsweise einen Abschiebestopp in NRW. Es ist wichtig, dass wir uns äußern, hinschauen und helfen. Dass wir ihnen zeigen, dass wir ihre Lieder, ihre Schreie, ihre Tränen, ihr Stärke sehen und unterstützen. Es ist wichtig, dass wir den Demonstrierenden im Iran zeigen, dass sie nicht allein sind!



## Ein Abend bei „Hennamond“

Zwangsverheiratung, sogenannte „Ehren“-morde, weibliche Genitalverstümmelung - gegen diese furchtbaren Verbrechen an Frauen engagiert sich der Verein Hannamond seit nunmehr 17 Jahren. Am 27. Oktober lud das Team um die Vereinsgründerin Sonja Fatma Bläser zu einer Ausstellungseröffnung ein. Die Wanderausstellung soll über diese Verbrechen aufklären, über die viel zu lange geschwiegen wurde. Auch viele junge Männer wollen nicht mehr der Aufpasser ihrer Schwestern sein und holen sich deshalb Hilfe. Das macht Hoffnung!  
DIE LINKE war u. a. mit Fraktionssprecherin Güldane Tokyürek vor Ort und drückte den vielen Engagierten unseren Respekt und die weitere Unterstützung der LINKEN aus.



# Iran: Gemeinsame Erklärung im Rat der Stadt Köln am 10.11.2022

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im  
Kölner Rat – CDU-Fraktion im Rat der  
Stadt Köln – SPD-Fraktion im Rat der  
Stadt Köln – Fraktion DIE LINKE im  
Rat der Stadt Köln – FDP-Fraktion im  
Rat der Stadt Köln – Volt-Fraktion im  
Rat der Stadt Köln – Die FRAKTION im  
Rat der Stadt Köln – RM Thor-Geir Zim-  
mermann – RM Nicolin Gabrysch**

## **Frauen, Leben, Freiheit – Frau- enrechte sind Menschenrechte!**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger\*innen im Rat der Stadt Köln bekunden ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Frauen und der gesamten Zivilgesellschaft im Iran, die friedlich protestieren und für ihre allgemein anerkannten grundlegenden Menschenrechte eintreten. Wir unterstützen alle Frauen und Menschenrechtsverteidiger\*innen im Iran und weltweit, die sich für das Ende der Unterdrückung von Frauen und für deren Rechte einsetzen.

Wir verurteilen den Tod von Mahsa Amini und die an der Niederschlagung der

darauffolgenden Proteste beteiligten Sicherheitskräfte aufs Schärfste. Mahsa Amini wurde am 13. September 2022 in Teheran von der iranischen „Sittenpolizei“ festgenommen und verstarb am 16. September 2022 in einem Krankenhaus in Polizeigewahrsam, nachdem sie während der Haft körperlich misshandelt worden war.

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger\*innen im Rat der Stadt Köln unterstützen die Protestbewegung im Iran und insbesondere die jungen Iranerinnen, die die Proteste anführen und daran teilnehmen. Den weitverbreiteten und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt durch iranische Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstrant\*innen, der bisher zu zahlreichen Opfern geführt hat, können und wollen wir nicht billigen. Auch sind wir uns unserer Verantwortung gegenüber den über 15.000 in Köln lebenden Menschen mit iranischen Wurzeln bewusst, die viele Verwandte im Iran haben und sich aktuell große Sorgen machen. In dem Zusammenhang drücken wir unsere seine Solidarität auch gegenüber der aktuell in Hafturlaub sitzenden Kölnerin

Nahid Taghavi aus, die im August 2021 wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation mit dem Ziel nationale Sicherheit zu gefährden“ zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Weitere acht Monate erhielt sie wegen vermeintlicher „Propaganda“.

Daher schließen wir uns den weltweit übereinstimmenden Forderungen an:

- unparteiischer Untersuchung des Mordes
- Solidarität mit iranischen Frauen und Unterstützung für friedliche Proteste gegen systemische Unterdrückung
- Recht auf freie Meinungsäußerung
- Recht auf Versammlungsfreiheit
- umgehende und bedingungslose Freilassung aller Demonstrant\*innen
- Fallenlassen aller Anklagepunkte
- dauerhafte Haftunfähigkeit für die Kölnerin Nahid Taghavi

Der gewaltsame Tod von Mahsa Amini ist das Ergebnis derselben patriarchalischen und autokratischen Kräfte, die Frauen auf der ganzen Welt unterdrücken. Daher bekräftigen wir:

**Frauenrechte sind Menschenrechte!  
Hier und überall!**

## **Tabubruch: Rechtspopulist steht jetzt im Goldenen Buch der Stadt Köln**

Im November gab es einen äußerst befremdlichen Vorgang in der Verwaltung der Stadt, von dem die Ratsmitglieder erst durch die Presse erfahren haben.

Köln und Klagenfurt sind eine privilegierte Partnerschaft eingegangen. Der Klagenfurter Bürgermeister Christian Scheider hat sich in das Gästebuch der Stadt Köln eingetragen. Der ehemalige Landtagsabgeordnete der FPÖ ist Träger der Jörg-Haider-Medaille. Mit Jörg Haider arbeitete er über 20 Jahre lang zusammen. Den Mann, der Rechtsextremismus in Europa wieder salonfähig machte, nennt er „Mentor und Freund“.

Das allein hätte ein Weckruf für die Verwaltung sein müssen. Doch trotz massiver Kritik und etlichen Presseartikeln im Vorfeld wurde die Veranstaltung weder abgesagt noch der Rat involviert.

Das Kölner Bündnis „Köln stellt sich quer“ findet deutliche Worte und spricht von einem Tabubruch und einem Affront gegenüber dem breiten Bündnis in Köln und der Haltung und den Resolutionen des Kölner Rates gegen rechts. Dem können wir nur zustimmen.

Dabei wollte die Klagenfurter Verwal-

tung eigentlich eine Städtepartnerschaft. Darüber hätte der Rat entscheiden müssen. Doch das war letztlich nicht machbar, da die Partnerstädte in Größe und Bedeutung ungefähr vergleichbar sein müssen. Das trifft auf die nicht einmal 300.000 Einwohner\*innen große Stadt am Wörthersee nicht zu.

Klagenfurt brachte daraufhin die „privilegierte Partnerschaft“ ins Spiel. Dieses Verhältnis gibt es bislang nicht und ist deswegen auch nicht definiert. Die Verwaltung sieht sie als niederschwellige Vereinbarung mit symbolischem Charakter.

Doch das sehen die Klagenfurter Partner ganz anders. Für Bürgermeister Scheider ist es trotzdem eine „Städtepartnerschaft“. So erklärt er auf der offiziellen Homepage der Stadt Klagenfurt: „Mit dieser Städtepartnerschaft können die bereits gesetzten Aktivitäten künftig noch weiter ausgebaut werden ...“

Und Vizebürgermeister Prof. Dolinar heftet sich den politischen Erfolg ans Revers: „Über ein Jahr lang habe ich daran gearbeitet, um eine Städtepartnerschaft mit Köln nach fast zehn Jahren Kontakt und Austausch zu besiegeln.“

Gegen Austausch und Kooperation in Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft ist nichts einzuwenden. Das passiert zwischen Köln und Klagenfurt auch schon längst. Doch Rechtspopulisten dabei zu helfen, politische Erfolge für sich zu reklamieren, darf nicht sein. Wenn der Kampf gegen Faschismus und Antisemitismus ernst gemeint sein soll, darf man kein Steigbügelhalter für Rechtspopulisten sein. Diesen Fehler hat die Stadtspitze jetzt gemacht. Ihn nicht wieder zu korrigieren, ist ein Schlag ins Gesicht vieler gegen Rechts engagierter Kölner\*innen.

*Güldane Tokyürek,  
Andrea Kostolnik*

# NO

# Gentrifizierung und Verdrängung verhindern

Kölner Mieter\*innen erleben seit Jahren eine Mietsteigerung nach der nächsten. Für viele ist die finanzielle Belastung mittlerweile so hoch, dass jede weitere Erhöhung der Miete den Auszug aus der Wohnung erzwingt. Ein weiterer Grund, aus der Wohnung ausziehen zu müssen, sind Eigenbedarfskündigungen. Oftmals erfolgen diese nach der Umwandlung der Mietwohnung in eine Eigentumswohnung. Auf diesen Wegen werden immer mehr ärmerer Haushalte aus ihrer Wohnung und damit oftmals auch aus ihrem Viertel verdrängt. Um diese Prozesse besser zu verstehen, haben Marcela Cano und Hans Günter Bell im Arbeitskreis Stadtentwicklung den von Jan Glatter und Michael Mießner herausgegebenen Sammelband „Gentrifizierung und Verdrängung“ vorgestellt. Er gibt einen Überblick über aktuelle Debatten in der deutschsprachigen Gentrifizierungsforschung und regt zu weiteren Diskussion über neue theoretische und methodische Herausforderungen sowie praktische Handlungsansätze an.

Der Begriff Gentrifizierung ist international weit verbreitet. In der deutschsprachigen Forschung hat die Auseinandersetzung mit Gentrifizierung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Besonders oft befassen sich Wissenschaftler\*innen neben Berlin auch mit Köln.

Erste Aufwertungsprozesse, die aus heutiger Sicht als Gentrifizierung gedeutet werden können, lassen sich für den deutschsprachigen Raum seit Mitte der 1960er Jahre beobachten. Als Beispiel wird von Glatter und Mießner u. a. die Kölner Südstadt genannt; als Beispiele in späteren Phasen u. a. Sülz und Klettenberg.

Die aktuelle Phase der Gentrifizierung ist durch das steigende Interesse privater Unternehmen an Investitionen in die Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland geprägt. Dies wurde durch den Verkauf öffentlicher Wohnungsbestände und die Deregulierung der Wohnungs- und Stadterneuerungspolitik ermöglicht. Quartiere, die bereits früher eine Aufwertung erfahren haben, sind nun erneut betroffen. Zudem werden neue Quartiere erfasst.

Als Gentrifizierung werden ganz unterschiedliche Erscheinungen bezeichnet. Glatter und Mießner benennen als gemeinsames Grundverständnis zwei Aspekte: Erstens ist die Gentrifizierung immer mit der immobilienwirtschaftlichen Aufwertung eines Quartiers verbunden. Zweitens ist allen Interpretationen gemein, dass Gentrifizierung durch den Austausch ein-

kommensschwacher durch einkommensstarke Haushalte gekennzeichnet ist.

Der Umgang mit Gentrifizierung ist in der Politik und Planung unterschiedlich. Mancherorts wird Gentrifizierung als eine politische Strategie der Stadtentwicklung im Wettbewerb um Investitionen und erwünschte Bewohner\*innen angesehen.

Ein aktuelles Kölner Beispiel hierfür ist ein Offener Brief des Bürgerversamts und der Standortgemeinschaft Kalk zur geplanten Verkehrsberuhigung der Kalker Hauptstraße. In diesem Brief wird die mangelnde Kaufkraft der „überwiegend sozial schwachen und multiethnischen Anwohner“ beklagt und von einer „sozialgerechten Gentrifikation“ die „Generierung einer alternativen, bzw. bürgerlichen Nachfrage“ erhofft.

Andernorts wird versucht, mit planerischen Eingriffen auf Gentrifizierung und deren Folgen Einfluss zu nehmen. Hier werden dann beispielsweise Soziale Erhaltungssatzungen erlassen.

Aber obwohl seit Anfang der 1990er Jahre wissenschaftliche Untersuchungen für zahlreiche Kölner Stadtteile die Verdrängung einkommensschwacher Haushalte belegen, wurde 1996 zunächst nur in der Stegerwald-Siedlung eine Soziale Erhaltungssatzung erlassen. Dann geschah lange Jahre nichts. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung schauten der Verdrängung zu und wiegelten ab.

Der wachsende Druck auf dem Wohnungsmarkt führte dann doch zum Beschluss weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen: im Severinsviertel (2020) und in Mülheim Süd-West (2022). In der Neustadt Süd-West (Rathenauplatz) und in Ehrenfeld Ost laufen aktuell vorbereitende Untersuchungen für Soziale Erhaltungssatzungen.

In ihrer Bündnisvereinbarung haben CDU, Grüne und volt 2021 festgelegt, in lediglich vier weiteren Quartieren Soziale Erhaltungssatzungen auszuweisen. Diese willkürliche Vorgabe scheint die Verwaltung strikt zu beachten. Mit der Folge, dass der Einsatz der Sozialen Erhaltungssatzung



Jan Glatter, Michael Mießner (Hrsg.):  
Gentrifizierung und Verdrängung  
transcript Verlag, Bielefeld, 2022

in Köln entgegen den wissenschaftlichen Erkenntnissen und fachlichen Erfordernissen weiter nur zu zögerlich angewandt wird.

Diese Zurückhaltung meint sich das Mehrheitsbündnis im Rat leisten zu können, weil sich in Köln - anders als etwa in Berlin - bisher nur wenig Protest regt. Die Initiative „Recht auf Stadt“ ist klein, die wohnungspolitischen Aktionen sind schwach besucht.

Immerhin greifen Mieterverein und DGB das Thema immer wieder auf. Ein Lichtblick ist auch, dass sich in mittlerweile drei Stadtteilen Initiativen für die Ausweisung bzw. engagierte Umsetzung der Sozialen Erhaltungssatzung einsetzen: im Severinsviertel, am Rathenauplatz und in Nippes.

Hans Günter Bell

Link zum Vortrag „Gentrifizierung in Köln“: [https://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/lcmslkoeln/alles\\_thematisch/AK-Stadtentwicklung/Gentrifizierung\\_in\\_Koeln\\_22-08-23\\_bearbeitet.pdf](https://www.linksfraktion-koeln.de/fileadmin/lcmslkoeln/alles_thematisch/AK-Stadtentwicklung/Gentrifizierung_in_Koeln_22-08-23_bearbeitet.pdf)

# TERMINE

# DIE LINKE.

tungsstelle sowie ein Netzwerk beim Haus der Architektur. Heu-

**Mi., 30. November**

## **Gefängnis statt Geldstrafe? Diskussion über die Ersatzfreiheitsstrafe mit Peter Biesenbach**

(Landesminister der Justiz a.D.), Nicole Bögelein (Institut für Kriminologie Köln) u. Petra Hastenteufel (Sozialarbeiterin). 19 Uhr, Karl Rahner Akademie, Jabachstr. 4-8, 50676 Köln

**Den öffentlichen Raum dekolonisieren und einen Perspektivwechsel organisieren**, 17 Uhr, Online-Veranstaltung, mit Tahir Della u. Anna Yeboah, VA u. Infos: [hs-niederrhein.de](http://hs-niederrhein.de)

**Do., 1. Dezember**

**Antifeminismus - reaktionäre und rechte Kämpfe gegen Liberalisierung und Emanzipation**. Vortrag u. interaktive Stationen von und mit Rebekka Blum (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg). 19 Uhr, NS-Dok. im El-De-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

## **Verwaltungsreform der Stadt Köln**

Gespräch mit OB Henriette Reker, Vertretern der Stadt u. Bürger\*innen, VA: Köln kann auch anders u. Kath. Bildungswerk. Von Beginn an begleitet die Initiative »Köln kann auch anders« die große Verwaltungsreform der Stadt Köln. Vor einiger Zeit ist sie nach fünf Jahren abgeschlossen worden. Aber was hat sich verbessert - innerhalb der Verwaltung und für die Bürgerinnen und Bürger? Bilanz ziehen heute unter anderem OB Henriette Reker, deren großes Projekt die Reform war. Kostenlose Tickets auf [domforum.de](http://domforum.de), die Veranstaltung ist auch als Livestream zu verfolgen: [t1p.de/6hk7s](http://t1p.de/6hk7s), 19.30 Uhr, Domforum, Roncalliplatz 2, 50667 Köln.

**Mo., 5. Dezember**

**LINKER Feierabendtalk: (K)ein Ende von Hartz IV - Was wird das mit dem Bürgergeld?** Matthias W. Birkwald MdB beim LINKEN Feierabendtalk im Gespräch mit Thomas Wasilewski

(<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/buergergeld-etikettenschwindel-100.html>) und einer Vertreterin von #IchBinArmutsbetroffen. 18.30 Uhr, Wahlkreisbüro Matthias W. Birkwald MdB (DIE LINKE), Severinswall 37, 50678 Köln

**Mi., 7. Dezember**

**Sichtbar machen. Kommunikation im und über den Holocaust**. Großprojektionen am Bahnhof Deutz, VA: NS-Dokumentationszentrum, Infos: [sichtbar-machen.online](http://sichtbar-machen.online), 20 Uhr, Deutzer Bahnhof, Otoplatz 7, 50679 Köln

## **Die Unbeugsamen. Lesung u. Gespräch über den Aufbruch im Iran**

Koop. mit Nationaltheater Mannheim, Münchner Kammerspiele u. Theater Basel, Eintritt frei, 19.30 Uhr, Schauspiel Köln im Depot, Schanzenstr. 6-20, 51063 Köln

**Do., 8. Dezember**

**Sitzung des Stadtrats. Livestream unter [stadt-koeln.de](http://stadt-koeln.de)** Letzte Sitzung vor Weihnachten, aber friedlich dürfte es kaum werden. wie immer alles open end und bequem auch im Live-Stream auf [stadt-koeln.de](http://stadt-koeln.de) zu besichtigen! Ab 14 Uhr, Rathaus, Rathausplatz 1.

## **Radverkehr als Treiber der Verkehrswende. Antworten des Radverkehrsbeauftragten der Stadt Köln**

Eintritt frei. 18 Uhr, VHS Studienhaus, Cäcilienstr. 35, 50676 Köln

## **Gemeinschaftliches Bauen und Wohnen**

Zu aktuellen Entwicklungen und zukünftigen Chancen für das gemeinschaftliche Bauen und Wohnen in Köln, ein Themenabend des Netzwerks für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen, Eintritt frei.

Wie steht's in der Stadt eigentlich um die Möglichkeiten, zusammen mit anderen zu bauen und dann auch zu wohnen? Die Nachfrage steigt. Seit diesem Jahr hat Köln mit der »MitStadtZentrale« sogar eine von der Stadt Köln geförderte Bera-

te werden alle Fragen rund um das Gemeinschaftliche Bauen und Wohnen geklärt und Tipps gegeben, wie ein solches Projekt klappen kann. 19 Uhr, Haus der Architektur, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

**Fr., 9. Dezember**

**Meinungsfreiheit unter Druck!** 8. Kölner Menschenrechtsforum zum Internationalen Tag der Menschenrechte, mit Jacques Tilly u.a., auch im Livestream, VA: VHS Köln, AI Köln, AWO Mittelrhein u. Initiative Menschenrechtsstadt Köln. 18.30 Uhr, Rautenstrauch-Joest-Museum, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

**Sa., 10. Dezember**

**Polizeiliche Videoüberwachung in Köln-Kalk**. Spaziergang entlang der Überwachungsbereiche mit Vorträgen und Informationen, VA: [kameras-stoppen.org](http://kameras-stoppen.org), Treffpunkt: 13 Uhr, Kalk Kapelle.

**Di., 13. Dezember**

**Köln wird mobiler. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für die Kölner Mobilitätswende**, Gespräch mit Ascan Egerer, Eine Stunde Baukultur, Eintritt frei.

Nein, Köln wird nie zuerst genannt, wenn es um die Verkehrswende geht. Aber es tut sich was. Gerade sind im Dezernat von Ascan Egerer, dem städtischen Beigeordneten für Mobilität, zwei neue Amtsleitungen berufen worden. 19 Uhr, Haus der Architektur, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

**Fr., 16. Dezember**

**Europa - quo vadis? Katari-na Barley** (Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments) im Gespräch mit dem Journalisten Kurt Gerhardt. 19 Uhr, Karl Rahner Akademie, Jabachstr. 4-8, 50676 Köln

**Sa., 17. Dezember**

**#IchBinArmutsbetroffen. Regelmäßige Kundgebung**, VA: [ichbinarmutsbetroffen.start.page](http://ichbinarmutsbetroffen.start.page), Treffpunkt: 14 Uhr, Breslauer Platz, hinter dem Hauptbahnhof Köln.

## TERMINE DER FRAKTION

Für eine Einladung bitte eine Mail an [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de) schicken

Mo, 28. November, 20.00 Uhr  
**Sport AK**

Di, 29. Oktober, 20.00 Uhr  
**AK Frauen**

Mo, 5. Dezember, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Mo, 5. Dezember, 20.00 Uhr  
**AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales**

Do, 15. Dezember, 18.00 Uhr  
**AK Verkehr**

Do, 15. Dezember, 19.30 Uhr  
**AK Bildung und Jugend**

**Anmeldung unter [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de)**



# Platzjabbeck

Bitte **kostenlos** schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41  
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

## „Die Menschen waren immer schlecht, nur die Welt war wunderschön“

Soylent Green. „2022 ... die überleben wollen“ in der Reihe Linkes Kino



Soylent Green ist ein US-amerikanischer Science Fiction Film aus dem Jahre 1973. Der Film erschien ein Jahr nach dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome und gehört somit zu den ersten Ökodystopien. In der Hauptrolle ist Charlton Heston zu sehen.

Es ist das Jahr 2022. In New York leben 40 Millionen Menschen. Es mangelt an Wasser, Nahrung und Wohnraum. Lediglich einige Politiker und reiche Bürger können sich sauberes Wasser, natürliche Lebensmittel und angenehmen Wohnraum leisten. Inmitten dieses Chaos führen der Polizist Robert Thorn und sein älterer Mitbewohner Sol Roth ein trostloses Dasein. Roth kennt noch die Welt mit Tieren und richtiger Nahrung: Gemüse und Fleisch statt „Soylent Rot“ und „Soylent Gelb“. Roth recherchiert für Thorn als sogenanntes „Polizeibuch“. Thorn wird angewiesen, den Mord an dem wohlhabenden und einflussreichen William R. Simonson zu untersuchen, der für Soylent gearbeitet hat. Dieses Unternehmen kontrolliert die Lebensmittelversorgung der halben Welt und vertreibt die künstlich hergestellten Nahrungsmittel. Das neueste Produkt ist „Soylent Grün“, ein Konzentrat in Form grüner Tafelchen, das angeblich aus Plankton hergestellt wird und reißenden Absatz findet. Infolge von Lieferengpässen am „Soylent-Grün-Tag“ kommt es regelmäßig zu gewalttätigen Ausschreitungen der hungrigen Massen. Dem begegnet die Polizei mit schweren Schaufelladern und Containern, mit denen die Demonstranten brutal von der Straße entfernt werden. Als Sol die fürchterliche Wahrheit der Herstellung von Soylent green ermitteln kann, lässt er sich im assistierten Suizid in der öffentlichen Tötungsanstalt „einschläfern“. Thorn,

dem er eine Nachricht hinterlassen hat, kann dem in einem Müllwagen abtransportierten Leichnam bis zur Müllverwertungsanlage folgen. Hier beobachtet er, wie die Leichen zu „Soylent Grün“ verarbeitet werden. In der Schlusszene schreit Thorn, schwerverletzt durch die Kämpfe in der Produktionsanlage, den Leuten um ihn herum die grausame Wahrheit zu: „Soylent Grün ist Menschenfleisch!“ („Soylent Green is people!“).

Obwohl fast 50 Jahre alt, besticht der Film durch seine erstaunlich moderne Ausstattung und seinen vielen zukunftsweisenden Anspielungen und Hinweisen. Dieses wurde auch in der anschließenden sehr lebhaften Diskussion immer wieder angesprochen.

Als Diskussionspartner hatte die AG Linkes Kino Lorenz Gösta Beutin (stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE) gewinnen können, der einen Punkt besonders hervorhob: Wie kann auch DIE LINKE angesichts der unübersehbaren Fakten mehr Protest gegen die drohende Nichteinhaltung der Klimaziele erreichen und gleichzeitig die Soziale Frage im Focus behalten? Auch im Film fehlen letztendlich Utopien einer zukunftsweisenden Gesellschaft. Dabei sind gerade in den aktuellen Debatten etwa um

die Kosten von nachhaltiger Energie und guten Lebensmitteln oder der Verteilung der Ressourcen weltweit und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen linke Positionen wichtiger denn je, um wirkliche Alternativen umsetzen zu können. Denn eins ist nach diesem sehr gut besuchtem Kinabend für alle klar: nochmal fünfzig Jahre haben wir nicht Zeit.

Renate Alves

